

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIV/116

Bonn, den 24. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Feuerwerk</u> Bemerkungen zum FDP-Parteitag in Nürnberg	32
2	<u>Gift Nationalismus</u> Sorgen des Außenministers	49
3 - 4	<u>Die Bilanz von Eastbourne</u> Hart gearbeitet, Zukunftsweisendes bewältigt Von Christina Mahn	63

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Zustimmung beider Völker gewinnen
Wehner: Geregeltere Verhältnisse im gespaltenen Deutschland
Schmidt: Anerkennung akademische Auseinandersetzung
Wischnewski: Kommunismus differenzierter sehen
Leistungsgesetz hat Bundesrat passiert
Schülerwettbewerb mit 8.000 Schülern
Ostpreußisches Jagdmuseum in Lüneburg

Feuerwerk

Bemerkungen zum FDP-Parteitag in Nürnberg

sp - Der Bundesparteitag der Freien Demokraten in Nürnberg läßt das Bemühen des Vorsitzenden Scheel erkennen, die nach a l l e n Richtungen strebenden Liberalen zusammenzuhalten. Wohl hauptsächlich aus diesem Grunde sparte Herr Scheel nicht mit heftigen Angriffen aus Sozialdemokraten und Christdemokraten, wobei festzustellen ist, daß seine Feuerwerk-Formulierungen den Zuhörern viel Spaß machten. Das ist aber auch alles.

Mit liebenswürdiger Schlaumeierei versuchte Herr Scheel seinem Anhang klarzumachen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland nie eine FDP gegeben zu haben scheint, die zusammen mit den Christdemokraten während vieler Jahre die Weichen der Politik gestellt hat, bis schließlich die auf die Schienen gesetzte Lokomotive entgleiste. Was die Sozialdemokraten wohl mit den Fehlentscheidungen und Versäumnissen der Regierungen der kleinen Koalition zu tun haben, wird selbst den Freunden des Herrn Scheel ein ewiges Geheimnis bleiben.

Wie man hört, war man sich in der Führung der FDP vor Beginn des Parteitages nicht ganz einig darüber, ob man für die Zeit nach der kommenden Bundestagswahl dieser oder jener Partei Avancen für die Beteiligung an der Regierung machen soll. Man entschied sich, auf j e d e n und a l l e s zu hauen, offenbar in der Meinung, hinterher behaupten zu können, man habe schon immer gewußt, daß der andere nichts taugt.

Wenn sich die FDP als vorantreibende Kraft der deutschen Politik verstehen will, so ist das sehr honorig, wird aber selbst von den Nachwuchsgruppen der Scheel-Mende-Partei nicht ganz ernst genommen. Was noch vor einigen Jahren für unmöglich gehalten wurde, wird in Nürnberg transparent: Die Jungdemokraten wollen z.B., daß ihre Vaterpartei eine moderne Sozial- und Wirtschaftspolitik anstrebt und endlich auch sogar die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts für Arbeitnehmer auf ihre Fahnen schreibt.

Am Ende dieses spektakulären FDP-Parteitages wird man wissen, ob Herr Scheel die Balance halten kann. Er gibt sich sehr Mühe, das ist ihm zu bescheinigen.

+ + +

Gift Nationalismus

Sorgen des Außenministers

sp - Bundesaußenminister Willy Brandt hat sich in der letzten Zeit wiederholt veranlaßt gesehen, die Deutschen vor der Gefahr eines neuen Nationalismus zu warnen. Nationalismus - nicht zu verwechseln mit Nationalgefühl - ist Gift für unser Volk, gibt immer noch vorhandenen Vorurteilen uns gegenüber neuen Auftrieb und verwirrt im Innern die Geister. Mit wahren Patriotismus hat Nationalismus nichts zu tun. Wer ein offenes Europa will, Verständigung mit allen unseren Nachbarn anstrebt, auch mit denen, die östlich von uns leben, wer nicht blind ist, für die besondere Lage, in der wir uns als gespaltenes Volk an der Nahtgrenze zweier Machtblöcke befinden, kann nicht im Traum daran denken, Gespenster unheilvoller Vergangenheit wieder aus ihren Verstecken herauszulocken. Das geschieht leider.

Willy Brandt spielte auf den schon anlaufenden Bundestagswahlkampf an. Beharrende, konservativ gesinnte politische Gruppen liegen im Widerstreit mit den vorwärtsdrängenden reformfreudigen und die 70er Jahre anstrebenden Kräften. Das ist die Situation, gekennzeichnet durch den Wettkampf zweier großer Parteien, der CDU/CSU und der Sozialdemokratie. Beide stellen gleichzeitig die Regierung. Eine wahrhaft ungewöhnliche Lage. Miteinander streiten und gleichzeitig das bis zum 28. September befristete Bündnis funktionsfähig zu halten, eine solche Komplexität hat es in der deutschen Nachkriegsgeschichte noch nicht gegeben.

Die Unionsparteien standen im Herbst 1966 an einem bisher nie gekannten Tiefstand. Der von ihnen gestellte Kanzler Erhard fand im Bundestag keine Mehrheit mehr, er mußte abtreten und einer neuen politischen Konstellation weichen. Damals wären Neuwahlen die sauberste Lösung gewesen. Die Unionsparteien - übrigens auch die FDP - scheuten sie. Sie gingen die Große Koalition mit den Sozialdemokraten ein. Sie trug, insgesamt gesehen gute Früchte.

Der Schock, nicht mehr die alleinbestimmende Kraft in der Bundesrepublik zu sein, haben die Unionsparteien seitdem nicht mehr überwinden können. Die Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten brachte sie vollends aus dem Tritt; seitdem haben sie ein Gleichgewicht noch nicht gefunden. Sie schwanken zwischen europäischen Freuebekennnissen und Spielereien, mit eben jenem deutschen Nationalismus, dessen Wiederbelebung Europa im Wege steht.

Auch das muß gesagt werden: Nicht allen Männern und Frauen in der Unionspartei ist wohl dabei. Einige glauben sogar, im guten Sinne patriotisch zu handeln, wenn sie im Bestreben, die NPD, diese Nachfolgerin der braunen Verderber Deutschlands, rechts überholen wollen, und dabei ein Vokabular akzeptieren, das eigentlich nicht mehr verwendet werden sollte. Wer die NPD rechts überholen will, stürzt sich in ein abenteuerliches Unternehmen, er wird dabei verlieren. Außenminister Willy Brandt hat schon begründeten Anlaß zur Sorge, seine Warnungen dürfen nicht überhört werden. Der Außenminister kommt viel herum in der Welt, er kann sich selbst durch Augenschein davon überzeugen, welches Unheil Beschwörungen des Nationalismus anrichten. Wir sind immer noch ein gefährdetes Volk, abhängig vom Vertrauen unserer Freunde und Verbündeten. Doch wie leicht kann dieses Vertrauen durch nationalistisches Aufbegehren in die Brüche gehen...

Die Bilanz von Eastbourne

Hart gearbeitet, Zukunftsweisendes bewältigt

Von Christina Mahn

Der 21. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Eastbourne ist beendet. Die SI hat in qualifizierten Diskussionen zu den nicht nur tagespolitischen Fragen bewiesen, daß sie, die große Einrichtung mit Tradition, durchaus auch heute noch ihre Existenzberechtigung hat. Manches an ihr muß, wie es der SPD-Vorsitzende, Bundesaußenminister Willy Brandt, formulierte, aus dem "Denkmalsschutz" herausgeholt werden. Dann werde sich Tage Erlanders Wort in der "Neuen Gesellschaft", die Bewegung stehe erst am Anfang ihrer historischen Aufgabe, bewährheiten.

Die deutschen Sozialdemokraten setzten, das soll hier ohne nationale Töne festgestellt werden, die Akzente bei dem Kongreß, sorgten mit ihren Reden und Diskussionsbeiträgen für die Höhepunkte des Kongresses. Willy Brandt ergriff in der Europafrage, der vom Kongreß der SI Weltbedeutung beigegeben wurde, erneut die Initiative, indem er Pompidou aufforderte, zu einem Gipfel zwischen EWG und Großbritannien zu kommen. In der Deutschlandpolitik war es Brandt, der die Bereitschaft zu einem klärenden Gespräch ohne Diskriminierungen mit den Machthabern der DDR erklärte, zugleich jedoch davor warnte, von einer europäischen Sicherheitskonferenz allzuviel zu erwarten.

Gerhard Jahn, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, lieferte sich mit einem schwedischen Delegierten ein Diskussionsduell, als dieser der Bundesregierung vorwarf, mit der hinauszögernden Unterschrift unter den Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen eine für die gesamte Menschheit wichtige Unterschrift hinauszuschieben. Jahn hatte vor hochgerüsteten Massenheeren gewarnt und mit Erfolg die Delegierten gebeten, in die Resolution zur Abrüstung auch die konventionellen Armeen und Waffen aufzunehmen.

Herbert Wehner, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, warnte die Delegierten vor dem sich demokratisch gebenden Kommunismus. Er forderte die Delegierten der 50 Parteien, von denen etwa ein Drittel allein oder in Koalition in ihren Ländern regiert, auf, die Verfassungen ihrer

Staaten vor den Kommunismus zu schützen.

Der 11. Kongreß der SI, der 15 Millionen Mitglieder demokratisch-sozialistischer Parteien mit einem Wählerstamm von 70 Millionen Menschen repräsentierte, blieb seinen Zielen, die Ausbeutung von Menschen durch Menschen und von Nation durch Nation zu verhindern, treu. In diesem Sinn sind die Resolutionen zu verstehen, die sich mit der Lage in Nahost, der Situation der Juden in der UdSSR, der Wiederherstellung demokratischer Freiheiten in Griechenland und Malaysia beschäftigen.

Zur Grenzziehung gegen den Kommunismus wurde ein Dokument verabschiedet, das u.a. feststellt: "Kommunistische Parteien haben im allgemeinen, wenn sie Aktionsgemeinschaft mit sozialdemokratischen Parteien suchen, als erstes Ziel eine kommunistische Parteiherrschaft und eine Ein-Partei-Herrschaft vor. Der Zweck der kommunistischen Spielart der Volksfront ist es, die Teilnahme der demokratischen Kräfte auszunützen, um sie als unabhängige Faktoren auszuschalten."

Es ist richtig, festzustellen, daß der Gang der politischen Ereignisse und die Entwicklung in den kommunistischen Parteien die Richtigkeit und Unangreifbarkeit der Prinzipien der SI und ihrer sozialdemokratischen Mitgliederparteien bewiesen haben.

Da die brennenden politischen Probleme heute in den Ländern der Dritten Welt entschieden, oder aber zumindest mitentschieden werden, muß man der Resolution über die sozialistischen Prioritäten in der zweiten Entwicklungsdekade besondere Bedeutung beimessen. In ihr wird der Wille zum Kampf gegen die Armut bekräftigt, die nationale Unabhängigkeit für alle Staaten gefordert und die Einmischung mächtiger ausländischer Unternehmen in die politischen Angelegenheiten als unduldbar bezeichnet.

Der Kongreß in Eastbourne hat hart gearbeitet und Zukunftsweisenendes bewältigt. Die Internationale sollte aber dennoch überlegen, ob nicht noch mehr an politischer Wirksamkeit zu erzielen wäre, wenn man parallel zum historischen "Familientreffen" und Sorgenaustausch vor allem mit den Exilparteien, nicht eine Arbeitstagung der in den Parlamenten vertretenen Parteien organisieren könnte. Damit würde niemandem in irgendeiner Weise Abbruch getan.